



Läuft der Wirtschaftsmotor klimafreundlich rund?

Frage an Bundestagskandidaten aus Ostbayern zur Vereinbarkeit von Klima- und Wirtschaftspolitik

Von Andreas Kerscher

Vom einstigen Armenhaus Bayerns ist Ostbayern zur Aufsteigerregion geworden. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat die Automobilindustrie geleistet. Die BMW-Werke in Dingolfing und Regensburg beschäftigen mehrere Tausend Menschen und sind starke Gewerbesteuerzahler. Zehntausende weitere Stellen in Ostbayern und Milliarden von Euro hängen an der Zulieferindustrie, die um die Autowerke entstanden ist.

„Wenn BMW hustet, ist Niederbayern krank“, ist insbesondere unter Wirtschaftsvertretern ein geflügeltes Wort geworden. Unter anderem steigende Klimavorgaben und der Wandel zur E-Mobilität kratzen die Automobilindustrie derzeit im Hals. Bundesweit sind laut Ifo-Institut bis 2025 mindestens 178000 Beschäftigte von der Transformation zum Elektromotor betroffen, weil sie Produkte herstellen, die direkt oder indirekt vom Verbrenner abhängen. Dazu kommen Diskussionen um Dieselfahrverbote sowie Forderungen nach Tempolimits auf Autobahnen und Tempo 30 in Innenstädten. Sie machen das Auto ebenso unattraktiver wie stark steigende Spritpreise.

Unsere Mediengruppe hat ostbayerischen Bundestagskandidaten folgende Frage gestellt: *Wie wollen Sie klimaschonende Mobilität gestalten, ohne den auf dem Automobil basierenden Wirtschaftsmotor Ostbayerns ins Stottern zu bringen?*

CSU

Andreas Scheuer: „Wir werden auch künftig den Individualverkehr mit dem Pkw in Deutschland – besonders in den ländlichen Räumen – erleben. Diese Pkw werden aber zunehmend klimafreundlich unterwegs sein. Mit alternativen Kraftstoffen im Verbrenner und natürlich mit alternativen Antrieben. 14 Millionen E-Fahrzeuge bis 2030 muss das neue Ziel sein.“



Andreas Scheuer
Foto: CSU

Die industrie- und beschäftigungspolitischen Chancen, die in den alternativen Antrieben liegen, sollen und müssen genutzt werden, gerade in Niederbayern. Ich glaube an unsere Innovationskraft. Sie wird dafür sorgen, dass wir zukunftssträchtige Technologien in Deutschland entwickeln, hier produzieren und damit Wertschöpfung erhalten. Wir unterstützen diesen richtigen Weg mit Anreizen und umfassenden Fördermaßnahmen.“

Andreas Scheuer aus Passau tritt für die CSU in Bayern auf dem dritten Listenplatz an und ist außerdem Direktkandidat im Wahlkreis Passau. Er ist Bezirksvorsitzender der CSU in Niederbayern. Scheuer ist seit 2002 Mitglied des Bundestages und seit 2018 als Bundesverkehrsminister Mitglied der Bundesregierung.

SPD

Uli Grötsch: „Für mich steht fest, dass wir in unserem Wandel hin zu klimaschonender Mobilität die Automobilbranche sowie die Beschäftigten einbeziehen und mitnehmen müssen. Nur so können wir sicherstellen, dass diese Umstellung sozialverträglich und fair ist und wir



An den Automobilwerken in Niederbayern und der Oberpfalz und ihren Zulieferern hängt ein großer Teil von Ostbayerns Wirtschaft. Die Politik hat großen Einfluss auf die Zukunft dieser Industrie und damit der Region. Foto: Armin Weigel/dpa

viele Arbeitsplätze in der Region erhalten können.

Die SPD setzt dabei auf die Innovationskraft unserer bayerischen Autobauer. Innovation bedeutet für uns: der Ausbau der klimafreundlichen E-Mobilität und gleichzeitig eine gezielte Förderung der Branche. Diese Förderungen sollen an Kriterien, wie den Standorterhalt, gebunden sein, um die Industrie weiterhin in der Region zu halten.“



Uli Grötsch
Foto: Susi Knoll

Uli Grötsch aus Weiden steht auf dem ersten Listenplatz der SPD in Bayern und ist Direktkandidat im Wahlkreis Weiden. Der ehemalige Generalsekretär der Bayern-SPD ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2017 gehört er dem SPD-Parteivorstand an.

AfD

Peter Boehringer: „Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Der heutige Klimawandel liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir ihn auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen.“



Peter Boehringer
Foto: H. Dreblow

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Vor allem muss individuelle Mobilität bezahlbar bleiben.

Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik aus Ostbayern und stauvermeidende

Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen wie (Diesel-)Fahrverbote, Tempolimits und CO₂-Steuern erreichen das nicht.“

Peter Boehringer aus München führt die Liste der AfD in Bayern an. Zusätzlich ist er der Direktkandidat im Wahlkreis Amberg. Boehringer ist seit 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag und Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

FDP

Nicole Bauer: „Unser Land braucht eine Politik, die nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen agiert. Batteriebetriebene Fahrzeuge werden nicht die alleinige Zukunftstechnologie sein. Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels – die Politik sollte sich keiner neuen Technologie verschließen und Innovationen



Nicole Bauer
Foto: Michael Hackl

durch Anreize und Bürokratieabbau ermöglichen. Statt einseitiger Förderung können wir auch durch marktwirtschaftliche Methoden zu klimafreundlicherem Fortschritt gelangen. Zentral sind hier etwa die Ausweitung des CO₂-Zertifikats-handels über alle Sektoren und auf eine positive Anrechnung der CO₂-Bindung in Land- und Forstwirtschaft.“

Nur damit und mit einer modernen Infrastruktur, intelligenter Verkehrssteuerung sowie einer ideologiefreien Verkehrspolitik kann sichere, saubere und bezahlbare Mobilität gewährleistet werden. Die FDP lehnt pauschale Verbote von Dieselmotoren und Motorradfahrverbote strikt ab. Auch Tempolimits sind weder progressiv noch nachhaltig. Wir als FDP denken innovativ: Nachhaltigkeit durch Technologieoffenheit, Entwicklergeist sowie die Vernunft und Freiheit für die Bürger.“

Nicole Bauer aus Velden (Kreis Landshut) steht auf dem siebten Listenplatz der FDP in Bayern. Im Wahlkreis Landshut tritt sie als Direktkandidatin an. Bauer ist seit 2020 Be-

zirksvorsitzende der FDP in Niederbayern und Mitglied im Landesvorstand. Seit 2017 ist sie im Bundestag.

Grüne

Erhard Grundl: „Unsere Automobilindustrie ist es, die jetzt selbst die entscheidenden Impulse hin zur E-Mobilität setzt, weil die Regierungsparteien der letzten 16 Jahre, CSU/CDU, SPD und FDP, eine ambitionlose und falsche Politik verfolgt haben. Für die fehlende Ladeinfrastruktur zum Beispiel hintereinander



Erhard Grundl
Foto: Robert Kothe

drei CSU-Bundesverkehrsminister verantwortlich. Die Verkehrspolitik ist bei dieser Partei auf jeden Fall in den falschen Händen. Die Automobilindustrie hat erkannt, dass die Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ nicht nur die entscheidende Existenzfrage unserer Zeit ist, sondern für sie auch entscheidend, um am internationalen Markt bestehen zu können und unsere Arbeitsplätze zu sichern. Beim Schwerverkehr werden Wasserstoff und Biomethan eine Rolle spielen. Die nächste Bundesregierung muss die Verkehrswende mit verlässlichen Regeln begleiten. Mobilität wird weiterhin der entscheidende Faktor für die Lebensqualität bei uns in Niederbayern sein. Komplet ohne Auto wird es im ländlichen Raum nicht gehen. Aber auch wer kein eigenes Auto hat, soll mobil sein können. Deshalb wollen wir mit einer Mobilitätsoffensive Bus und Bahn ausbauen und Wahlfreiheit schaffen.“

Erhard Grundl aus Straubing kandidiert auf dem achten Platz der Landesliste der Grünen. Im Wahlkreis Straubing tritt er zudem als Direktkandidat an. Grundl ist niederbayerischer Bezirksvorsitzender der Grünen und gehört seit 2017 dem Bundestag an.

Die Linke

Veronika Lackerbauer: „Für den Automobil-Standort Ostbayern wird ausschlaggebend sein, ob die Transformation im Bereich An-

triebstechnologie und E-Mobilität gelingt. Ein wichtiger Meilenstein hierzu könnte das geplante Wasserstoff-Kompetenzzentrum sein. Wirtschaft und Politik sollten gemeinsam daran arbeiten, den Wirtschaftsstandort Ostbayern im Hinblick auf diese neuen Technologien attraktiv zu halten. Namentlich BMW und Audi sollten an

ihren Standorten in der Region angehalten werden, Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise neue zu schaffen, um die Standorte langfristig attraktiv zu erhalten.“

Gleichzeitig bedarf Ostbayern eines Ausbaus des ÖPNVs, wir müssen mehr Waren auf die Schiene bringen und Pendler aus dem Umland an die Städte anbinden. Schon jetzt ächzen Passau, Straubing, Dingolfing, Landshut und so weiter unter den Autokolonnen, die täglich zu den Stoßzeiten die Straßen lahmlegen. Aus verkehrspolitischen wie auch Klimaschutztechnischen Gründen ist hier der Ausbau eines flächendeckenden ÖPNVs zeitgemäß und sinnvoll.“

Veronika Lackerbauer aus Landshut tritt auf Listenplatz 17 für Die Linke an und ist Direktkandidatin im Wahlkreis Landshut. Lackerbauer ist Mitglied im Kreisvorstand von Die Linke Landshut-Kelheim und gehört dem Kreistag Landshut an.



Veronika Lackerbauer
Foto: privat

Freie Wähler

Hubert Aiwanger: „Die Freien Wähler setzen hier künftig stark auf Wasserstoff und Brennstoffzelle. Die Region Landshut hat ja den Zuschlag für einen zentralen Standort des nationalen Wasserstoffzentrums bekommen. Außerdem wird auch der Verbrennungsmotor eventuell mit synthetischen Kraftstoffen anstatt fossilen

künftig weiterhin Bedeutung haben und deutsche Technik weltweit verkauft werden können, wenn nicht die Politik ideologisch verblindet und ohne Not das ‚Ende des Verbrenners‘ verkündet. Natürlich spielt für gewisse Anwendungen auch die Batterie eine Rolle, aber wohl kaum bei einer Fahrt im Winter mit Anhänger über mehrere Hundert Kilometer. Also ganz klar: für jeden Einsatz den richtigen Antrieb!“

Hubert Aiwanger aus Rahstorf (Kreis Landshut) führt die Landesliste der Freien Wähler an. Anders als bei vergangenen Wahlen tritt er nicht zusätzlich als Direktkandidat an. Aiwanger ist Vorsitzender der Freien Wähler und stellvertretender bayerischer Ministerpräsident sowie bayerischer Wirtschaftsminister.



Hubert Aiwanger
Foto: Sven Hoppe/dpa

Info

Befragt wurden alle Parteien, die derzeit im Deutschen Bundestag oder im Bayerischen Landtag vertreten sind. Stellvertretend für die Partei sollte jeweils der am höchsten platzierte Listenkandidat aus Niederbayern oder der Oberpfalz antworten.